

Frau Zorlu erkundigt sich, ob seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Sportstätten weitere Fragen zu dem Tagesordnungspunkt eingegangen seien.

Dies ist laut Verwaltung nicht der Fall.

Herr Liene erläutert, dass die FDP-Fraktion gegen eine vollständige Nachtabschaltung zwischen 23 und 5 Uhr sei. Er verweist auf die Vorlage und führt aus, dass die Nachtabschaltung sehr breitflächig sei und große Wohngebiete betroffen wären. Herr Liene ergänzt, dass die Strompreise mittlerweile wieder gefallen seien. Somit würden sich die Einsparungen auf 1 € pro Einwohner belaufen, was überschaubar sei. Er betont, dass die Nachtabschaltung nicht dienlich für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sei. Herr Liene fordert eine nachhaltige Vorlage seitens der Verwaltung, welche die gesamte Beleuchtung in der Gemeinde Eitorf auf den modernsten Stand bringen und dabei auch den Insektenschutz berücksichtigen soll. Er verweist auf einen Artikel, wo die Einsparpotenziale durch eine Nachtabschaltung untersucht werden. Es gäbe moderne Systeme, wo die Straßenbeleuchtung über einen bestimmten Zeitraum gedimmt werden könnte. Dies könnte auch eine langfristige Lösung darstellen.

Herr Reisbitzen schließt sich der Aussage seines Vorredners an und erläutert, dass die CDU-Fraktion eine Prüfung der innovativen Einsparmöglichkeiten fordere. Er verweist auf die Stadt Sankt-Augustin, welche ihre Straßenbeleuchtung durch adaptives Licht kontrolliere. Darüber hinaus zeigt er sich überrascht, dass dem Ausschuss dieselbe Vorlage wie in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Sportstätten präsentiert bekommen hat, ohne die offenen Fragen der Fraktionen aus der letzten Sitzung zu beantworten. Herr Reisbitzen verweist auf die Ausführungen der Fa. Westnetz aus der Vorlage und merkt an, dass eine vollständige Abschaltung der Straßenzüge nicht funktionieren könne. Darüber hinaus stelle die Nachtabschaltung eine erhöhte Gefahr dar. Herr Reisbitzen fasst zusammen, dass die CDU-Fraktion dem von Herrn Liene formulierten Änderungsantrag zustimme. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung werde die CDU-Fraktion ablehnen.

Herr Scholz erkundigt sich, wie viele Straßenzüge abgeschaltet werden könnten.

Herr H. Derscheid erklärt, dass es um eine Grundsatzentscheidung ginge. Die Aufgabe der Verwaltung sei es, Lösungen zu erarbeiten. Zurzeit würde die Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt werden. Diese Umrüstung würde jedoch länger dauern, da sie zeit- und kostenintensiv sei. Er betont, dass die Vorlage der Verwaltung gut ausgearbeitet wäre und einen guten Überblick über die derzeitige Lage bieten würde. Wenn die Politik dem Vorschlag der Verwaltung folge, werde im nächsten Schritt in Zusammenarbeit mit Westnetz untersucht, wie viele Straßenleuchten abgeschaltet werden könnten.

Herr Reisbitzen antwortet, dass der Standpunkt der Verwaltung angekommen sei, jedoch würde die CDU-Fraktion diese Ansicht nicht teilen. Er betont, dass bei einem Grundsatzbeschluss auch andere Optionen berücksichtigt werden müssten. Aus diesem Grund könne die CDU-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen, da andere Optionen sowie deren Vorteile und Kosten durch die Verwaltung geprüft werden sollten.

Frau Zorlu merkt an, dass ein Grundsatzbeschluss eine Richtung vorgeben würde. Sie stellt fest, dass sich der Ausschuss seit Monaten im Kreis drehen würde und bittet um eine realistische Einschätzung seitens der Verwaltung. Sie ergänzt, dass es höchste Zeit sei, eine Entscheidung zu treffen. Es ginge nicht um eine vollständige Abschaltung aller Beleuchtungsmittel in der Gemeinde, sondern um die technische Umsetzung. Man bräuchte kein Gutachten oder technische Untersuchungen, da diese theoretische Herangehensweise sehr langwierig sei.

Herr Liene erläutert, dass er sich durch die Aussagen der Verwaltung in seiner Meinung bestärkt fühle. Es bedarf einer langfristigen und nachhaltigen Lösung, wie die Straßenbeleuchtung für 20 bis 30 Jahre geregelt werden könne.

Herr Dingel räumt ein, dass er keinen Widerspruch zwischen den Standpunkten der Politik und der Verwaltung sehe. Man bräuchte sowohl einen Grundsatzbeschluss als auch eine Lösung für die Zukunft. Dieser Aspekt sollte ebenfalls im Grundsatzbeschluss berücksichtigt werden.

Frau Zorlu verweist auf ihre vorherige Aussage und bittet um eine Einschätzung der Verwaltung.

Herr Florin-Bisschopinck führt aus, dass zu der Dauer nichts gesagt werden könne, da sehr viele Faktoren maßgeblich seien. Es gehe nicht darum ein Konzept für die nächsten 40 Jahre zu erstellen, sondern kurzfristige Lösungen anzubieten. Ein wesentlicher Aspekt sei die Einsparung von Energie und den Bürgern aufzuzeigen, dass Energie endlich sei. Herr Florin-Bisschopinck erläutert, dass er ein Gespräch mit der Polizeistation in Eitorf über die Nachtabschaltung geführt habe. Grundsätzlich würde eine Nachtabschaltung Probleme am Bahnhof oder im Ortskern nach sich ziehen können, diese seien jedoch nicht im Konzept vorgesehen. Eine Nachtabschaltung an den äußeren Randlagen würde nicht zu einer höheren Kriminalität führen. Die Verwaltung habe versucht, kurzfristig eine sinnvolle Lösung zu finden, welche möglichst viele Aspekte berücksichtigt. Eine Abschaltung sei an vielen Stellen grundsätzlich möglich. Im nächsten Schritt müsse mit der Fa. Westnetz geklärt werden, welche Bereiche von der Nachtabschaltung nicht betroffen seien. Aus Sicht des Umweltschutzes wäre die Abschaltung durchaus sinnvoll, um Insekten und Fledermäuse zu schützen. Darüber hinaus sei es ratsam, das Beleuchtungsnetz umzustrukturieren. Das würde jedoch 10 bis 15 Jahre in Anspruch nehmen. Herr Florin-Bisschopinck führt weiter aus, dass es aus fachlicher Sicht schade wäre, auf diese Zeit zu verzichten. Die Nachtabschaltung wäre auch ein Zeichen an die Bürger, dass Energie eingespart werden müsse. Die Einsparung müsse auch unabhängig von den schwankenden Strompreisen erfolgen, da Energie ein endlicher Faktor sei. Dieser stelle nämlich auch eine Gefahr für Fledermäuse und Insekten dar.

Herr H. Derscheid ergänzt, dass die Ansätze der Politik und Verwaltung nicht weit auseinander liegen würden. Der Verwaltung gehe es um einen Grundsatzbeschluss und ob man sich weiterhin mit dem Thema befassen solle. Der Auftrag könnte mitgenommen und mit Westnetz abgeklärt werden, welche Möglichkeiten zur Nachtabschaltung der Straßenzüge bestehen würden.

Bürgermeister Viehof macht deutlich, dass die Energiemangellage nicht relativiert werden dürfe. Es sei nicht sinnvoll mit der Einsparung von Energie zu beginnen, wenn die Energiemangellage vorbei sei. Er führt weiter aus, dass die Straßenbeleuchtung zu 40 % aus neuen und zu 60 % aus alten Leuchten bestehen würde. Die neuen Leuchten hätten die Funktion, gedimmt zu werden. Als nächstes müsse man sich an die Folgeschritte herantasten. Wenn die Verwaltung feststellt, dass die Nachtabschaltung Probleme mit sich bringen würde, könne die Verwaltung nachträglich immer noch Anpassungen vornehmen. Bürgermeister Viehof verweist jedoch darauf, dass das Ziel sei, Energie einzusparen. Wenn die Verwaltung jedoch keine Maßnahmen umsetze würde, könne auch keine Energie eingespart werden.

Herr Thienel fasst zusammen, dass über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt werde und im Anschluss über den Beschlussvorschlag von Herrn Liene und Herrn Scholz abgestimmt werden könne.

Vorsitzender Thienel lässt über den in der Sitzung geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Nr. XV/11/33

Der ABS beschließt die Abschaltung der öffentlichen Straßenbeleuchtung zwischen 23 und 5 Uhr in dem in den Anlagen 1 a und 1 b markierten Straßenzügen in der unter Punkt III. beschriebenen Vorgehensweise.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja: 5 x SPD, 1 x UWG

Nein: 4 x CDU, 2 x Grüne, 2 x FDP, 1 x BfE

Enthaltung: 0

Neuer Beschlussvorschlag:

Nr. XV/11/34

Die Verwaltung wird beauftragt, seitens der Fa. Westnetz die Netztopologie hinsichtlich des gewünschten Zielzustandes zu prüfen, sowie ein Konzept zur Erreichung dieses Zustandes nach technischen, wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Aspekten zu erstellen. Diese Leistungen sind als Serviceleistungen im Straßenbeleuchtungsvertrag enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Frau Zorlu bittet die Verwaltung neue Informationen von der Fa. Westnetz an die Ausschussmitglieder umgehend weiterzugeben.